

Österreich**FPÖ-BZÖ-FPK**

Die vermeintliche "Sozialpolitik" in Kärnten zeigt, was Rechtsextreme in der Praxis tun, wenn sie am Ruder sind. Der Zusammenschluss von FPÖ und FPK wirft darüberhinaus aber auch eine Reihe von Fragen bezüglich der Perspektiven für das Dritte Lager auf. Es droht trotz innerer Widersprüche eine Stärkung.

SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft**Sozialbereich: Viel Arbeit für wenig Geld!**

Der Sozialbereich gehört zu den härtesten Jobs. Die Bezahlung gehört zu den miesesten. Darüberhinaus gibt es viele Beschäftigte in diesem Bereich (Zivildiener, KlientInnen) die gänzlich aus dem Arbeitsrecht ausgenommen sind.

SEITE 3

Schwerpunkt**Uniproteste – Widerstand ist machbar!**

Monatelang waren österreichweit Hörsäle besetzt. Zehntausende demonstrierten. Eine Generation ist im Aufstand. Neben vielen Stärken hatte die Unibewegung aber auch Schwächen, aus denen es zu lernen gilt!

SEITEN 4/5

Internationales**Haiti – Kapitalismus macht alles schlimmer!**

Welchen Schaden ein Erdbeben anrichtet, hängt nicht von der Stärke des Bebens alleine ab – sondern davon, wie die Rahmenbedingungen im jeweiligen Land sind. Vorrang fürs Militär und politische Interessen vergrößern das Leid der Menschen.

SEITE 7



Milliarden für Jobs statt für Banken!

"Das globale Krisenjahr 2009 hat auch am österreichischen Arbeitsmarkt deutliche Spuren hinterlassen. Durchschnittlich waren 2009 260.309 Menschen ohne Beschäftigung. Das entspricht einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 22,6 Prozent" Sozialminister Rudolf Hundstorfer "Mit 5,8% erzielte Oberösterreich im vergangenen Jahr die zweitniedrigste Arbeitslosenquote für Personen unter 25 Jahren. Der Anstieg gegenüber 2008 betrug 40,9% (gesamt: 42,6%)." Presseaussendung des AMS-Oberösterreich

von Laura Rafetseder, SLP-Wien

Die Wirtschaftskrise schlägt zu: Das Krisenjahr 2009 jagt die Arbeitslosenzahlen in die Höhe. Gleichzeitig häufen sich Behauptungen von PolitikerInnen und bürgerlichen KommentatorInnen, dass die Krise zu Ende geht. Aber: bei den meisten Menschen fühlt sich das Leben nach Krise an. Und die Arbeitslosigkeit soll 2010 und 2011 weiter steigen.

Krise nicht vorbei – wer wird die Zeche zahlen?

Die angebliche Erholung steht auf sehr wackeligen Beinen – sie beruht auf Konjunkturpaketen und neuen Blasen an den Börsen. Wenn diese Pakete auslaufen und die Blasen platzen, wird sich die Krise weiter verschärfen. Für Österreich sind außerdem die Banken massive Krisenfaktoren. Noch immer drohen Verluste durch faule Kredite, vor allem in Osteuropa. Die Hypo zeigt, welche Rolle österreichische Banken dort spielen und dass sie nicht Opfer sondern Schuldige dieser Krise sind. Wer wird die Zeche für die Milliarden zur Banken- und Unternehmensrettung zahlen? Schon jetzt müssen ArbeitnehmerInnen für die Milliardenverluste der Hypo geradestehen – ohne bestimmen zu können, wofür die nun verstaatlichte Bank in Zukunft ihr Geld einsetzt.

"Ich lege absolute Priorität auf die Ausgabenseite."
Josef Pröll zur Budgetsanierung

Angesichts der Krise überschlagen sich PolitikerInnen mit Gesten der Krisenbekämpfung. Aber die Konzepte der Regierung gehen entweder in die falsche Richtung oder sind nicht ausreichend. Die ÖVP heizt mit ihrem „Sozialkonto“ die Stimmung gegen sozial Schwache an, als Vorbereitung auf künftige Kürzun-

gen. Denn das Geld, das den Banken geschenkt wird, soll von den ArbeitnehmerInnen zurückgeholt werden. Finanzminister Pröll hat bereits Kürzungen von rund zwei Milliarden pro Jahr ab 2011 angekündigt. Wir fordern: Einkommensstrip der oberen Einkommen statt der unteren! Auch 2009 haben sich die BankerInnen auf Kosten der SteuerzahlerInnen satte Boni gewährt. Warum werden ihre Einkommen nicht offengelegt? Die Forderung der SPÖ nach Besteuerung von Stiftungen und Vermögen geht zwar in die richtige Richtung, reicht aber lange nicht aus, um die Kluft zwischen Arm und Reich zu schließen. Ab Herbst wird die Mindestsicherung schlagend – die zwar schön heißt, für viele aber mit Kürzungen bzw. Schikanen verbunden ist. Ein weiteres Rezept der Herrschenden, um die Krise auf dem Rücken der Menschen auszutragen, sind mehr Schikanen für Arbeitslose. Von Jänner bis November 2009 sind die Sperren von Arbeitslosengeld/Notstandshilfe um 5,46% gestiegen. Geld für die Banken ist da – warum also nicht für Bildung, Soziales und Jobs?

Planloser ÖGB

Erschreckend ist die Planlosigkeit des ÖGB. Weil die Gewerkschaften es bisher verabsäumen, Arbeitsplätze entschlossen zu verteidigen, klammern sie sich an Kurzarbeit als „Lösung“. Dass Menschen Kurzarbeit einem Verlust von Jobs vorziehen ist verständlich. Kurzarbeit schiebt aber das Problem nur hinaus. Nach Auslaufen der Kurzarbeitsprogramme wandern viele erst recht in die Arbeitslosigkeit. Ebenso steht Arbeitszeitverkürzung mit Lohnverlust unwidersprochen im Raum. Ein Hohn angesichts der Tatsache, dass die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn eine alte Forderung der Gewerkschaftsbewegung ist. Das zeigt, dass der ÖGB der kapitalisti-

schen Sparlogik nichts entgegenzusetzen hat. In Wirklichkeit schaffen weder Lohnverzicht noch die Akzeptanz schlechterer Arbeitsbedingungen neue Jobs. Der jüngste Trend am Arbeitsmarkt zeigt wohin es geht: Während reguläre Jobs abgebaut werden, steigt die Zahl der Leiharbeitskräfte. Ebenso steigt die staatliche Subvention der Unternehmer: 2009 gab es 29.100 mal Lohnsubventionen für die Einstellung von Arbeitslosen – 2001 waren es noch 18.300. Die zehn größten Kunden des AMS sind Leiharbeitsfirmen, gerade auch sie sahnen diese Subventionen ab. Die Leidtragenden sind die Beschäftigten.

**Sozialistisches Programm
gegen Krise und Arbeitslosigkeit**

In der Krise ist mehr denn je ein sozialistisches Programm nötig, um Arbeitslosigkeit zu überwinden. Nur, wer sich nicht auf die Sachzwanglogik des Kapitalismus einlässt, hat dieser auch etwas entgegenzusetzen.

► Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.

► Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.

**Der Standpunkt**von Sonja Grusch,
SLP-Bundessprecherin

10 Jahre nach Blau-Schwarz – und was wäre gewesen wenn ...

Die Kärntner Grünen versuchen an eine der größten Protestbewegungen in Österreich anzuknüpfen – die Widerstandsbewegung 2000. Damals gab es in Österreich Massenproteste gegen die blau-schwarze Regierung. Wochenlang gingen zehntausende Menschen auf die Straße, monatelang fanden die „Donnerstagsdemonstrationen“ statt. Die Kärntner Grünen wollen nun Freitagsdemonstrationen gegen die Landesregierung entfachen. Sie vergessen dabei, dass die Widerstandsbewegung 2000 letztlich nicht erfolgreich war. Ohne Zweifel – sie war großartig. In Wien haben damals 10.000 SchülerInnen gegen die rechte Regierung gestreikt. Wir haben hunderte Kilometer quer durch Wien zurück gelegt und wieder und wieder den Verkehr blockiert. Eine ganze Generation wurde politisiert und hat gelernt, dass mensch sich wehren kann. Und doch: Die FPÖ und ihr Rassismus wurden normalisiert und sie hat ihre Leute in Positionen gebracht, wo sie teilweise immer noch sind. Die neoliberalen Angriffe auf den Sozialstaat wurden nicht zurückgenommen und haben den Lebensstandard von vielen Menschen massiv verschlechtert.

War die Widerstandsbewegung also vergebens? War sie falsch? Nein – aber sie war nicht konsequent genug. Die SLP hat – neben der massiven und aktiven Teilnahme u.a. der Autorin dieser Zeilen – v.a. zwei inhaltliche Punkte eingebracht. Die Notwendigkeit, nicht nur den Verkehr, sondern die Betriebe lahm zu legen. Also Streiks zu organisieren um die Herrschenden dort zu treffen, wo es ihnen weh tut – im Geldbörsel. Und die Notwendigkeit, eine neue politische Kraft, eine neue Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche mit sozialistischem Programm aufzubauen. Beides wurde von Teilen der Bewegung abgelehnt, beides hat es leider nicht gegeben. Und das ist der zentrale Grund dafür, dass die Widerstandsbewegung nicht erfolgreich war. Die Proteste blieben auf Empörung beschränkt, die die Herrschenden nicht daran hinderte ihre Pläne umzusetzen. Das Fehlen einer linken Alternative, die die Proteste bündelt, aber auch bei Wahlen antritt, hätte die FPÖ in die Schranken weisen können. Es ist jetzt 10 Jahre her – und es ist notwendig aus der Geschichte zu lernen, die viele von uns real miterlebt haben.

Scheuch & Strache: Leider nicht nur Lachnummer

Verrenkungen bis zur Peinlichkeit aber auch Skandale sind nichts Neues bei Rechtsextremen.



Schon bei der Spaltung von FPÖ und BZÖ gingen die Prognosen von profil, Standard und Co. völlig daneben, die ein Ende für die extreme Rechte vorhersagten. Und gerade jetzt halten wir fest: In Zeiten von Wirtschaftskrise und steigender Arbeitslosigkeit können rechtsextreme Kräfte - auch trotz innerer Widersprüche - an Einfluss gewinnen; v.a. wenn linke Alternativen fehlen.

Worauf fußt die neue rechte Einigkeit?

Inhaltlich hat das real existierende Dritte Lager – also BZÖ-Kärnten/FPK und die Strache-FPÖ – bereits in den letzten Jahren einen Wandlungs- und Anpassungsprozess an die Bedingungen von wachsender Armut und Krise vollzogen. Die neoliberalen Agenda der Haider-FPÖ trat zugunsten der sozialen Frage und des Kulturmangels – sei

es gegen den Islam und/oder die SlowenInnen – zurück. Obwohl in der Strache-FPÖ ultra-rechte IdeologInnen eindeutig eine bedeutendere Rolle als im BZÖ spielen und der Rand der FPÖ zum militärtanten Neonazismus weit offen ist: Beide Strukturen bewegen sich grundsätzlich in der Bandbreite des neuen rechtsextremen „Mainstreams“ in Europa. Auch strukturell scheint der Zusammenschluss auf den ersten Blick logisch: In Kärnten hatte die Strache-FPÖ bisher nie Fuß fassen können, während im Bund alle Versuche des BZÖ, die FPÖ herauszufordern, kläglich scheiterten. Das BZÖ kam über die Rolle einer reinen Kärntner Truppe kaum hinaus. Das Auffliegen der Hypo-Krise ist sicher nicht die Ursache für die Fusion. Aber: Der Zusammenschluss wurde für das Kärntner BZÖ wichtiger und sie war – weil angegeschlagen – „billiger“ zu haben.

Die FPÖ holte das zusätzlich geschwächte BZÖ trotz Hypo-Krise ins Boot, weil sie davon ausgeht, dass das Debakel langfristig keine Schäden für den bisherigen „Erfolgskurs“ bringen wird.

Der Deal setzt sich durch – obwohl neue Konflikte vorprogrammiert sind

Die Vorteile des Deals überwiegen für die meisten Beteiligten: Akkordiertes Auftreten in ganz Österreich, Geld bzw. Posten für die betroffenen FunktionärInnen damit der Deal auch in Kärnten funktionieren kann. Dem Anfangs noch stark betonte Regionalcharakter des FPK wird wohl mit der Zeit eine immer stärkere Integration in die Gesamt-FPÖ folgen: Wer mitzieht, bleibt am Ball. Künftige Konfliktlinien und neuerliche Spaltungen liegen allerdings ebenso auf der Hand: Denn auch wenn das Kärntner

BZÖ/FPK der rechte und am stärksten ideologische Teil des BZÖ war, ist mit dem Zusammenschluss das spezifische Gewicht der pragmatischen KarrieristInnen im Dritten Lager – aber auch innerhalb der Strache-FPÖ selbst – wieder gestiegen. Die neuen Kärntner PartnerInnen sind jahrelang an den Futterträgern der Macht gesessen. Noch freuen sich stramme Ideologen wie Mölzer und Co. zumindest offiziell über den Zuwachs; aber das muss keineswegs so bleiben.

Rechte bleibt brandgefährlich: GegnerInnen müssen soziale Frage ins Zentrum rücken!

Am grundsätzlichen Kurs der FPÖ – an Rassismus und sozialer Scheinrhetorik plus einer offenen Flanke zum militärtanten Neonazismus – wird sich nichts ändern. Und damit auch die Gefahr, die davon ausgeht. Wir müssen der FPÖ

hier auf allen Ebenen entgegentreten. Inhaltlich gilt es die Behauptung, dass soziale Fragen über „Ausländer Raus“ zu lösen wären, als Lüge aufzudecken. Durch unsere Mobilisierungen müssen wir klar machen, dass der gemeinsame Kampf – unabhängig von Herkunft, Aufenthaltsstatus – gegen Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und Rassismus nötig ist. Und wir brauchen darüber hinaus – auch auf der WahlEbene – eine neue, linke Partei, welche der rechten Hetze mit sozialistischen Lösungen entgegentritt.

Veranstaltung

Nach FPÖ/BZÖ Vereinigung:
Strategien gegen Rechts

Donnerstag, 28. Jän., 19 Uhr
Shakespeare, Salzburg-Stadt
Hubert-Sattlergasse 3
(Nähe Mirabellplatz)

BZÖ/FPK Sozialpolitik: Almosen statt sozialer Rechte

Müttergeld, Babyscheck, Jugendtausender ... und Parteienförderung

von Margarita Döller, SLP-Wien

Seit der Gründung des Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) im April 2005, ist es als stimmenstärkste Partei in Kärnten an der Macht. Die Selbstdarstellung des BZÖ hat sich jedoch stark verändert – weg von einer neoliberalen Partei, hin zu einer sozialen Heimatpartei. Das trifft auch auf die FPÖ zu und die Entwicklungen in Kärnten lassen Rückschlüsse auf ihre Sozialpolitik zu. Beim kommenden Wiener Wahlkampf werden wir uns verstärkt mit Rassismus und sozialem Populismus seitens der FPÖ konfrontiert sehen. Was haben die scheinbar sozialen Reformen in Kärnten bewirkt und gelten sie für alle, die in Kärnten leben?

2006 – Müttergeld...

Bei dieser Maßnahme handelt es sich um Zahlungen, auf die man rechtlich keinen Anspruch hat. Das Müttergeld bekommen Frauen über 60, die mit Sozialhilfe oder einer geringen Pension auskommen müssen. Allerdings nur wenn sie österreichische Staatsbürgerinnen und seit zwei Jahren in Kärnten hauptgemeldet sind. Maximal 150 Euro monatlich bei einem Bruttoeinkommen von max. 772 Euro sind zu wenig. Das Recht auf Altersvorsorge wird auf ein Almosen reduziert, das noch dazu nicht alle bekommen können. Was die finanzielle Lage von PensionistInnen wirklich verbessern würde, wäre eine Mindestpension von 1200 Euro für ALLE.

...und Babyscheck

Hierbei handelt es sich um eine Einmalzahlung, die zwischen 800 und 1100 Euro liegt. Da die Kinderbetreuung auch im Land Kärnten nicht kostenlos ist, reicht das Geld lange nicht aus. Das Problem von fehlenden Kinderbetreuungsplätzen wird auch nicht aufgegriffen. Diese Maßnahme gilt nicht für alle in Kärnten lebenden Familien, denn auch sie setzt die österreichische Staatsbürgerschaft voraus. Das BZÖ versucht so in Kärnten eine de facto soziale Zweiklas-

sengesellschaft einzuführen, die von SPÖ und ÖVP mitgetragen wird. MigrantInnen zahlen ebenso Steuergelder und erhalten im Gegenzug weniger als ÖsterreicherInnen. Ganz nach dem Motto „Tarnen und täuschen“ wird außerdem Werbung für diese soziale „Miniförderungen“ gemacht und hinter den Kulissen wird Sozialabbau im großen Stil von allen Landtagsparteien (viele der Beschlüsse sind einstimmig) betrieben. So wurden 2009 bei der Familienförderung 900.000 Euro wieder eingespart und der Heizkostenzuschuss wurde gekürzt. Erst im Dezember wurde im Landtag eine Nulllohnrunde für alle Landesbediensteten verabschiedet.

„Jugendtausender“ 2010

Seit 1. Januar 2010 können Jugendliche in Kärnten, die zwischen 16 und 18 Jahre alt sind, eine Einmalzahlung von 1.000 Euro beantragen. Das Geld soll als finanzielle Unterstützung bei Ausbildungsmaßnahmen, Führerscheinprüfung oder Wohnungsangelegenheiten dienen. Das Geld bekommt man nur gegen Vorlage von Originalrechnungen und Jugendliche haben ebenfalls keinen rechtlichen Anspruch darauf. Hier werden dringende Bedürfnisse von Jugendlichen aufgegriffen und mit einer medienwirksamen Maßnahme scheinbar befriedigt, die in Wirklichkeit nichts ändert. Um die Situation von jungen Menschen in Kärnten und Österreich zu verbessern, brauchen wir einen kostenlosen Bildungszugang, ausreichend Ausbildungssplätze und Wohnungen, eine Senkung der Mietpreise, den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und dessen kostenlose Benutzung.

Geld für Parteienförderung ist da

Die Reformen in den letzten Jahren haben die soziale Situation in Kärnten nicht verbessert, sondern sie im Gegenteil verschlechtert. 91.000 Menschen leben unter der Armutsgrenze (16% der Bevölkerung) und 30.000 Kinder müssen ohne warme Wohnung und ausreichend Kleidung leben. Trotzdem wurde in einer geheimen Sitzung im Mai 2009 die Parteienför-



derung erhöht. Auch das Geld für teure Image- und Beratkungskampagnen (2009 1,3 Mio. Euro) und den Bau von Prestigeobjekten (Wörtherseeestadion) ist da und führt dazu, dass die Verschuldung des Landes Kärnten weiter ansteigt. Auch Korruption ist seit der Hypo-Affäre ein großes Thema in Kärnten und trägt wohl ihren Anteil zur finanziellen Misere bei. Die Ereignisse haben der Bevölkerung gezeigt, dass BZÖ(FPK)/ÖVP/SPÖ mit der einen Hand ein bisschen Geld hergeben und sich mit der anderen Hand im Hintergrund auf ihre Kosten bereichern. Wie überall in Österreich, fehlt auch in Kärnten eine linke Alternative, die die Bedürfnisse der ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen und PensionistInnen ernst nimmt. Ein Passant auf der Kundgebung gegen den FPK-Parteitag bringt es auf den Punkt: „Viele Menschen in Kärnten sind wütend. Der Aufbau einer Alternative zu dem BZÖ/FPK-Schlamassel ist dringend notwendig.“

Impressum:

Offenlegung lt. §25 des Mediengesetzes
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und
Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP),
1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Die SLP ist eine
politische Partei, deren Vertretung nach Außen
durch Bundessprecherin Sonja Grusch erfolgt.
Die Redaktion der Zeitung Vorwärts hat John
Evers inne. Grundlegende Richtung: Sozial-
istische Information im Sinne der Programmatik
der SLP.
Sitz der Partei: 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11;
Auflage: Je nach Thema unterschiedlich.
Druck: Druckerei Fiona, Wien;
Herstellungs- und Verlagsort: Wien;
DVR: 0820202 Zulassungsnr.: 327808W97U
Abos & Spenden: PSK-8812.733

Auch "KlientInnen" kämpfen

Menschen besonderen Bedürfnissen wird das Arbeiten schwer gemacht

von Charlie Mittersteiger und Patrick Pinner, SLP-Wien

Die Integration von Menschen mit besonderen Bedürfnissen in den Arbeitsmarkt schaut in Österreich folgendermaßen aus: Firmen müssen laut Gesetz pro 25 Beschäftigte einen Behinderten einstellen. Sie können sich allerdings mit einer monatlichen Zahlung (200 Euro pro nicht beschäftigten Behinderten) frei kaufen. Dieses Konzept ist nicht sehr erfolgreich, wo arbeiten die Menschen stattdessen?

Behindertenvereine als Alternative?

Viele Menschen mit besonderen Bedürfnissen sind in privaten Sozialvereinen beschäftigt. Die unterschiedlichen Werkstätten nehmen zum Teil auch Aufträge an, für die der Verein Geld bekommt. Die Be-

schäftigten erhalten davon nur einen Bruchteil. Sie werden mit einem Taschengeld von monatlich ca. 60 Euro (!) abgespeist. Außerdem verlieren sie nach dem Konsum von 25 Urlaubstagen und 25 Krankheitstagen den Kündigungsschutz. Menschen mit besonderen Bedürfnissen, die in diesen Vereinen beschäftigt sind, sind nicht pensionsversichert. Einerseits leisten sie auch „normale“, produktive Arbeit und andererseits erhalten sie nicht die Bezahlung, die ihnen dafür zusteht. Darüber hinaus sind sie aus dem Arbeitsrecht ausgenommen.

Werkstättenrat – ein Anfang

Selbst in sozialen Vereinen gibt es keine Interessenvertretung für die KlientInnen. In Jugend am Werk, der größten Behinderteneinrichtung in Wien, gehören Werkstättenräte be-

reits zum Alltag, anderer Orts müssen sie leider erst erkämpft werden. Im ÖHTB gibt es jetzt die ersten Ansätze dazu. Eine Interessenvertretung für uns KlientInnen ist dringend nötig, weil auch Menschen mit besonderen Bedürfnissen ein Recht auf Würde, sinnvolle Arbeit und angemessene Bezahlung haben und diese momentan nicht gewährleistet ist. Außerdem ist es ein Organ der Mitbestimmung und eine Hilfestellung zur Selbstbestimmung. Ein Werkstättenrat sollte die Forderung nach Bezahlung der KlientInnen nach dem BAGS KV als wesentlichen Bestandteil seiner Arbeit sehen. Abschließend wollen wir angesichts der laufenden KV-Verhandlungen für den notwendigen gemeinsamen Kampf von BetreuerInnen und KlientInnen für Verbesserungen im Sozialbereich aufrufen.

Zivildiener und Beschäftigte:

Zusammenschluss notwendig!

Interview mit Moritz Erkl – Zivildiener bei der Lebenshilfe Salzburg und Mitglied der SLP in Salzburg

VORWÄRTS: Innenministerin Fekter will kranke Zivis nacharbeiten lassen. Was ist davon zu halten?

Moritz Erkl: Das wäre eine weitere Beschniedlung unserer Rechte! Fekter beschreibt die geplante Novelle im Zivildienstgesetz als Vorsichtsmaßnahme, mit der verhindert werden soll, dass Zivis ihre Krankheit bloß simulieren. Doch die Ursachen sind nicht etwa in vermeintlicher Faulheit zu suchen. Es liegt an der schlechten Bezahlung, zu langen Arbeitszeiten und dem Vorenthalten elementarer Rechte, die jedeR normale MitarbeiterIn "genießt"! Die Folgen einer entsprechenden Novelle wären verheerend. Zividiener, die krank sind, würden schließlich, um diesen zusätzlichen Arbeitstagen zu entgehen, krank in die Arbeit kommen. Dies würde auch die Gesundheit der anderen Mitarbeiter gefährden. Der Plan Zivis nacharbeiten zu lassen ist unerhört!

V: Wie ist allgemein die Situation von Zivis?

ME: Trotz einiger Verbesserungen in den letzten Jahren

Gäbe es eine Verbesserung der Bedingungen im Sozialbereich, welche ja derzeit katastrophal sind, würde sich das langfristig auch für Zividiener lohnen, da es zu kürzeren Arbeitszeiten und mehr Gehalt führen könnte.

Moritz Erkl

ist die Bezahlung – zwischen 400–600 EUR im Monat, variierend in den verschiedenen Einrichtungen – der Zivildienstleistenden deutlich zu niedrig. Uns wurde sogar die Wahl eines Sprechers verweigert. Je nach Einrichtung werden Zividiener permanent überwacht, wie im Falle einer Erkrankung. Ständig gibt es Versuche von Seiten der Regierung die wenigen Rechte der Zividiener weiter einzuschränken.

V: Bei den Beschäftigten im Sozialbereich gibt's aktuell Kämpfe um die Lohnerhöhung...

ME: Gäbe es eine Verbesserung der Bedingungen im Sozialbereich, welche ja derzeit katastrophal sind, würde sich das langfristig auch für Zividiener lohnen, da es zu kürzeren Arbeitszeiten und mehr Gehalt führen könnte. Diese Protestaktionen sind ein wichtiges Zeichen und drücken die angestaute Wut aus, die sich durch jahrelange Ver-

schlechterungen der Arbeitsbedingungen und der Kürzungen der Gelder aufgebaut hat. Der logische Schluss daraus ist, dass Zividiener nur durch den gemeinsamen Kampf mit den Beschäftigten im Sozialbereich Verbesserungen erlangen können.

V: Wie die Situation der Zivis verbessern?

ME: Grundsätzlich müsste es eine Umstrukturierung und Neugestaltung der Rechte der Zividiener geben. Der erste und auch einer der wichtigsten Punkte wäre die Aufnahme in den Kollektivvertrag. Somit gäbe es eine Garantie, das Zivis dieselben Rechte wie "normale" Angestellte hätten. Derzeit stehen jedem Zividiener nur 10 Urlaubstage zu. Eigentlich eine Zumutung. Um diese Forderungen durchzusetzen, müssen sich Zividiener und die Beschäftigten im Sozialbereich zusammen schließen, denn nur durch den gemeinsamen Kampf können Ergebnisse erzielt werden.

“

12. Februar 1934:

Brigittenauer ArbeiterInnen kämpfen gegen den Faschismus

Eine politische Stadtführung durch die Brigittenau

Treffpunkt: Freitag, 12. Februar um 16 Uhr
vor dem Gerlhof, Wien 20, Stromstraße 39-45
Vor dem Haupteingang

Anmeldung bitte unter slp@slp.at

BAGS-KV bleibt katastrophal

Reallohnverluste im Gesundheits- und Sozialbereich

von Herbert Wanko, ehemaliger Betriebsrat (Metall), jetzt als Trainer tätig

Im Dezember 2009 teilte Peter Hacker (Leiter des Fonds Soziales Wien) mit, dass das Budget für den FSW von der Gemeinde Wien für 2010 nicht erhöht wird. Mitten in den KV-Verhandlungen für den Gesundheits- und Sozialbereich (BAGS) war das ein klares Zeichen an die UnternehmerInnen: „Es gibt nicht mehr Geld, also können auch keine Lohnerhöhungen gewährt werden.“

Seit Jahrzehnten wird im Gesundheits- und Sozialbereich gespart. Die Selbstbehalte werden regelmäßig erhöht, die Arbeitssituation wird prekärer und die Löhne bewegen sich am untersten Rand.

Zwei Drittel der Beschäftigten in diesem Bereich sind Frauen, die oft Teilzeit arbeiten. Doch selbst bei Vollzeit verdienten 2007 noch etwa 5% der Kolleginnen weniger als 1.000 Euro und mehr als die Hälfte maximal 1.500 Euro. Da ist es nicht verwunderlich, dass knapp 50 % der Beschäftigten mittler bis stark burnoutgefährdet sind. (Quelle: Burnout-Broschüre der GPA-djp)

Kampfmaßnahmen waren schon beschlossen ...

Nach zwei ergebnislosen KV-Verhandlungsrunden wurden



bei Betriebsrätern-Konferenzen erste Kampfmaßnahmen beschlossen. Nach der 3. Runde fanden am 14. Jänner Betriebsversammlungen statt, bei denen in Wien, Linz, Graz und Klagenfurt 7.500 Kolleginnen und Kollegen auf die Straße gingen.

4,1 % Lohnerhöhung forderten unsere VertreterInnen zu Beginn der Verhandlungen. Schließlich wurde diese Forderung jedoch auf ein, mit anderen Abschlüssen (außer dem der Beamten) vergleichbares, Angebot reduziert. Ein für mich nicht nachvollziehbarer Rückzieher. So kam es auch am 21. Jänner zu einem Abschluss über 1,5 % KV- und 1,25 % Ist-Lohnerhöhung. Dabei wäre es – zumindest nach der Stimmung vieler KollegInnen – absolut möglich gewesen für eine spürbare Erhöhung zu kämpfen, um die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte ein wenig auszugleichen. Nach den Betriebsversammlungen hätte der nächste Schritt ein Streik sein müssen. Die Kolleginnen wären dafür bereit gewesen.

Das haben sie bei den Demonstrationen am 14. Jänner trotz frostiger Temperaturen auch lautstark gezeigt. Mit rasch durchgeführten Urabstimmungen hätte der Kampf um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen in Österreich eine seit langem vermisste Qualität bekommen können.

Wieder ein Abschluss ohne Mitbestimmung

Genauso, wie die betroffenen Kolleginnen über einen Streik abstimmen müssen, müssten die VerhandlerInnen aber auch vor einem Abschluss der KV-Verhandlungen die Zustimmung von den Beschäftigten einholen. Das wäre auch ein Zeichen der Gewerkschaften, dass sie endlich von der StellvertreterInnenpolitik weg zu mehr Mitsprache und Demokratie gehen. Die Mehrheit hätte dem jetzt vorliegenden Abschluss sicherlich nicht zugestimmt.

Wieder einmal wurde damit eine gute Chance vergeben.

Von Salzburg bis Wien:

Sozialabbau Partei Österreich (SPÖ)

von Jan Rybak, SLP-Salzburg

Frauenfeindliche Politik

Das Frauenhaus „Mirjam“ in Hallein, seit Jahren eine unverzichtbare Einrichtung für Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, sollte nach dem Plan von SPÖ-Landeshauptfrau Burgstaller geschlossen werden. Grund: das Land muss angeblich sparen. Erst wütende Protestaktionen von Beschäftigten und Betroffenen haben die Landesregierung zum Rückzug gezwungen. Jetzt ist nur noch von einer „Modernisierung“ die Rede. Das Resultat ist zwar der Erhalt des Frauenhauses, gleichzeitig sollen aber bei einem geringeren Budget die Aufgaben ausgebaut werden.



Wien: Kinderbetreuung auf Kosten der Beschäftigten

Die Umsetzung der kostenlosen Kinderbetreuung war zwar ein Schritt in die richtige Richtung, nur sollte sie offenbar nichts kosten. Das Resultat: völlig überfüllte Gruppen, überarbeitete und unterbezahlte PädagogInnen. 25 Kinder und mehr in einer Gruppe sind keine Seltenheit. Die SPÖ ist nicht gewillt mehr Geld für die Betreuung von Kindern und anständige Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in die Hand zu nehmen. Der „Kindergartenauftand“ 2009

mit Demos, Kundgebungen und breiter Solidarisierung waren wichtige Schritte der Selbstorganisierung, um die Bedingungen zu verbessern.

Kein Kampf ohne Alternative

Geschenke für Unternehmen – Sparpropaganda und Kürzungen bei uns. So schaut heute SPÖ-Realpolitik aus. Hinter sozialen Phrasen steht eine beinharte Sozialabbau-

politik. Sowohl auf Bundes- als auch auf Landes- und kommunaler Ebene. Es ist gut, dass sich immer mehr Menschen gegen die Kürzungspolitik der SPÖ zur Wehr setzen, dass es breite Solidarisierung und auch kaum mehr Illusionen in die SPÖ gibt.

Es braucht aber mehr, nämlich eine echte linke politische Alternative zur Sozialabbau-Partei.

Uni Proteste 2009: Widerstand ... aber nicht ohne Strukturen und linkes Programm!

von Michael Gehmacher, SLP-Wien

Zum Jahresende machen bürgerliche Medien traditionell einen Rückblick auf das vergangene Jahr. Dabei wurde heuer der Begriff „Audimax“ zum Wort des Jahres 2009 gewählt. 2008 war das „Wort des Jahres“ noch „Lebensmensch“. Der Wechsel, vom Namen der Beziehung zweier Rechtsextremisten zueinander, hin zu einem Begriff aus einer sozialen Protestbewegung, macht einen Wandel in der österreichischen Innenpolitik deutlich. In den vergangenen Jahren prägten der Aufstieg des Rechtsextremismus bzw. der Kampf dagegen die Innenpolitik. Haider und Co nervten omnipräsent in allen Medien. 2009 kamen die Proteste der SchülerInnen, KindergärtnerInnen, StudentInnen, und viele andere Proteste in die Schlagzeilen. 2009 prägte der soziale und politische Widerstand die Innenpolitik. Die Bewegung an den Unis war dabei wohl die wichtigste. Aber vielleicht war 2009 erst der Anfang? Vieles spricht dafür. Vor allem die SchülerInnen, StudentInnen und KindergärtnerInnen organisierten ihren Protest an den offiziellen Institutionen wie ÖH oder ÖGB vorbei. Wenn angesichts der Auswirkungen der Wirtschaftskrise und der defensiven Haltung der ÖGB-Spitze auch Erwerbsarbeitslose, MigrantInnen und ArbeiterInnen diesem Beispiel folgen, stehen größere soziale Kämpfe bevor. Eine Bilanz und ein Ausblick der StudentInnenbewegung ist daher eine wichtige Vorbereitung auf die kommenden sozialen Auseinandersetzungen.

Warum die Uni brannte ...

Am Anfang stand die Akademie der Bildenden Künste. Der Streik und die Besetzung dort wurden von den meisten eher als exotisch wahrgenommen. Sie blieben in der Wahrnehmung der bürgerlichen Medien weitgehend unbeachtet. Das unter „Bolognaprozess“ berühmt-berüchtigte Studiensystem gibt es bis jetzt an der Akademie der Bildenden Künste kaum. StudentInnen und Lehrende dort müssen sich noch nicht mit Master /Bacalaureatsabschlüssen und den bei vielen StudentInnen verhassten ECTS-Punkten herumschlagen. Im Streik und in der Besetzung der „Bildenden“ sahen viele KollegInnen die Chance, den unbeliebten „Bolognaprozess“ noch einmal umzudrehen. Ein wichtiges Element der Bewegung, denn in wenigen Tagen entstand eine Kampfbereitschaft gegen ein System, das an vielen Unis schon lange üblich ist. Überfüllte Hörsäle und miese Studienbedingungen waren sicher ein zentraler Motor. Schnell richtete sich aber der Kampf gegen das System Bologna.

„Endlich! Was ihr macht’s, wär schon vor vielen Jahren nötig gewesen“ meinte etwa eine französische Jussstudentin, als sie von den Protesten erfuhr.

Viele hielten den „Kampf gegen Bologna“ für verloren. „Die StudentInnen sind viel zu unpolitisch“ hörte man da oft. Das schnelle Aufflammen und die Wucht des Protestes, haben aber gezeigt, dass es bis zum Schluss möglich ist, Kämpfe zu führen, wenn die Betroffenen dazu bereit sind. Eine wichtige Erfahrung für die Zukunft, wenn es darum geht soziale Angriffe abzuwehren, Fabrikschließungen zu verhindern oder Ähnliches. Trotz aller Schwierigkeiten ist es bis zum Schluss möglich gegen Verschlechterungen zu kämpfen. Wichtig ist aber auch, diese richtig zu organisieren um den Kampf zu gewinnen.

Von der „Bildenden“ zum Audimax ...

Streik und Besetzung an der „Bildenden“ öffneten ein kleines Protestfenster, durch welches in der Folge viele durchmarschierten. Am 22.10.09 kam es zu einer kleinen Solidaritätsdemonstration im Wiener Votivpark, gleich bei der Wiener Uni. Die spontane Demo ging durch die Uni, besuchte verschiedene Vorlesungen und endete nach einer Stunde mit der Besetzung des

größten österreichischen Hörsaals, dem Audimax. Die OrganisatorInnen der Demo hatten dabei keine langfristige Aktion im Kopf. Entscheidend war, dass das Angebot, einen besetzten Hörsaal zu nutzen, innerhalb von wenigen Stunden von Tausenden, die aktiv werden wollten, angenommen wurde. Vor allem über SMS aus dem besetzten Hörsaal wurden Leute mobiliert. Das Rektorat beging dann einen wichtigen taktischen Fehler: Am späten Nachmittag wurde die Polizei geholt und versuchte mit einer Abriegelung des Audimax (alle durften raus, niemand durfte zurück) die Besetzung zu beenden. Die Fernsehbilder von der abziehenden Polizei stärkten die Bewegung, und holten noch mehr Menschen ins Audimax. Dieses war inzwischen heillos überfüllt. Um Arbeitsräume zu haben, wurden weitere Räume besetzt. Die Erfahrung aus den ersten Stunden brachte viele Menschen dazu, blitzschnell eine Infrastruktur aufzubauen, um den besetzten Hörsaal zu halten. Arbeitsgruppen, eine Informationszentrale, eigene Medien, eine Volks-Küche zur Versorgung uvm. wurden aufgebaut. Die große Medienpräsenz verstärkte den Trend. Und die Bewegung weitete sich aus. Österreichweit wurden weitere Hörsäle besetzt. Viele Initiativen, KünstlerInnen, linke Gewerkschaftsgruppen, später auch der ÖGB, uvm. solidarisierten sich. Der Höhepunkt der Bewegung war also mit der Besetzung des Audimax noch nicht erreicht, sondern wuchs weiter, was vielen wieder Mut machte.

Die SLP beteiligte sich seit der Audimax-Besetzung aktiv an der Unibewegung. Etwa durch die Beteiligung an Aktivitäten in Linz, Salzburg und Graz. Aber vor allem durch die Organisation von praktischer Solidarität. SLPlerInnen holten viele BündnispartnerInnen aus vergangenen Kampagnen auf die Uni, organisierten eine Solidaritätsbotschaft unseres irischen Genossen im EU-Parlament, Joe Higgins, und versuchten die Bewegung in die Schulen zu tragen. Am wichtigsten war uns die Vernetzung mit kämpfenden GewerkschaftskollegInnen. So brachten gleich am zweiten Tag der Besetzung SLP-AktivistInnen die Solidaritätsadresse des Audimax zu den kämpfenden DruckerInnen in Vorarlberg und die Solidaritätsadresse der DruckerInnen zurück ins Audimax. Dieses erste positive Feedback von kämpfenden ArbeitnehmerInnen bereitete (neben der Solidarität der KindergärtnerInnen u.a.) die Stimmung für spätere Solidaritätsaktionen auf.

Warum entstand und wuchs der Protest schnell?

Auslöser waren zum einen die Unzufriedenheit über die untragbaren Studien- und Arbeitsbedingungen an den Universitäten. Viele Studierende lehnen ein reines „Wirtschaftsinteressenstudium“ ab. Der Bolognaprozess und die damit einhergehende Verschulung der Uni ist vielen Lehrenden und StudentInnen ein Graus. Der Prozess wurde aber durch die gesamte politische Situation beschleunigt. Dass für die Banken sofort Milliarden an Zuschüssen und Haftungen bereit gestellt wurden, sahen viele StudentInnen als Beweis dafür, dass auch „Geld für die Uni da sein müsste“. Außerdem wurde die weitgehende Abschaffung der Studiengebühren im Jahr 2006 von manchen älteren StudentInnen als später Erfolg der Bewegung von 2001 gesehen. Dazu kommt auch die durch die Wirtschaftskrise verstärkte Polarisierung nach Rechts und Links in der österreichischen Gesellschaft. Zahlreiche Umfragen (wie zuletzt im Standard vom 7.1.10) belegen den Wunsch nach einer neuen politischen Kraft links von SPÖ und Grünen. Leider gibt es aber (noch) ein organisatorisches und politisches Vakuum auf der Linken, während es auf der extremen Rechten FPÖ, FPK und Co gibt. „Ich sehe mich schon seit Jahren als links, hab aber nie gewusst wo ich mich engagieren soll“, meinte etwa ein TU-Student im Gespräch mit einem Gewerkschaftsfunktionär. Die Aussage ist wahrscheinlich stellvertretend für viele StudentInnen und bringt

ein wichtiges Faktum auf den Punkt: Offensichtlich gab und gibt es eine große Gruppe von StudentInnen bzw. Jugendlichen, die sich weder von bestehenden linken ÖH-Strukturen, etablierten linken Parteien, noch von den bestehenden linken Gruppen angezogen fühlt. Wer die (in Wien) gemeinsam beschlossenen Forderungen der Protestbewegung unterstützt, stellt sich inhaltlich eindeutig links von SPÖ und Grünen. Es gab einen sehr allgemeinen, antikapitalistischen Konsens. So lautete - nach einer längeren Diskussion unter hunderten Menschen im Plenum - der Slogan der ersten Demo: „Mehr Geld für Bildung statt für Banken und Konzerne“.

Die StudentInnen waren nicht alleine...

Ein wichtiger Unterschied zu vergangenen Bewegungen auf der Uni war die große Solidarität anderer Teile der Bevölkerung. Unterstützt wurden dabei weniger die studentischen Anliegen, sondern viel mehr die Tatsache, dass es eine starke Opposition gegen die Regierung auf der Straße gibt. Viele waren froh, dass der unbeliebten Regierung endlich jemand paroli bietet. „Es läuft so vieles falsch bei uns, und die StudentInnen machen wenigstens etwas dagegen“, war der Grundton vieler PassantInnen. Auch die Großdemonstration der KindergärtnerInnen im Oktober in Wien, hatte großen Anklang gefunden. Im Oktober und November standen außerdem die MetallerInnen, Handelsangestellte und öffentlich Bediensteten in schwierigen Lohnverhandlungen. Die Solidarisierung einzelner Gewerkschaftsstrukturen (insbesondere der GPA-DJP Jugend und später der ÖGJ) verbunden mit dem Druck aus manchen Betrieben und der allgemeinen positiven Stimmung in Teilen der Bevölkerung brachten schließlich einen Solidaritätsbeschluss des ÖGB-Bundesvorstandes.

Ein wichtiger Teil der SLP-Arbeit war, diese verbale Solidarität mit politischem Leben zu füllen. So besuchten protestierende StudentInnen immer wieder die Kundgebungen der MetallerInnen. Gleichzeitig kamen BetriebsrättInnen und GewerkschaftsfunktionärInnen (oft mit studierenden Kindern) ins Audimax und zu den Demonstrationen der StudentInnen. Nach einer MetallerInnenaktion vor der Wirtschaftskammer entstand die Idee einer gemeinsamen Demonstration von MetallerInnen und StudentInnen. Die Demonstration (von der SLP initiiert und zentral mitorganisiert) war zwar klein, stellte aber eine neue Qualität dar. „Komisch ist für mich nicht, dass wir mit den StudentInnen zusammengehen. Komisch ist, dass wir es nicht schon viel früher getan haben“, brachte es ein Metallerbetriebsrat auf die Frage einer Journalistin auf den Punkt. Während in den 1970er Jahren die Metallergewerkschaft oft gegen linke Protestaktionen eingesetzt wurde (etwa bei den Aktionen gegen die Panzertransporte an die Diktatur in Chile) gab es jetzt gemeinsame Aktionen. „Arbeiter und Studenten - der Traum der 68er wird wahr“ meinten manche bürgerliche KommentatorInnen. Oder: „Früher hätten sie uns mit Eisenstangen verjagt“ meinte ein Sozialarbeiter, der beim Unistreik 1987 aktiv war. Betriebsräte aus Fabriken überwanden ihre Skepsis gegen StudentInnen und StudentInnen ihren Standesdünkel gegen ArbeiterInnen. Ein wichtiges Ergebnis für kommende Kämpfe.

Neben der Zusammenarbeit mit den MetallerInnen gab es gemeinsame Aktionen mit DruckerInnen, dem Sozialbereich und „Obdachlosen“. In den ersten Tagen gründete sich eine Arbeitsgruppe von „Menschen mit besonderen Bedürfnissen“, die viele „behinderten-spezifische“ Forderungen formulierte, aber auch für viel praktische Solidarität sorgte. So wurden StudentInnen aus der Gehörlosenbewegung in die Uniproteste integriert und viele Aktionen in Gebärdensprache übersetzt. SLP-Aktivist Charly Mittersteiger (siehe Artikel auf Seite 3) war als

Betroffener eine treibende Kraft in diesem Teil der Bewegung. Es gab zahlreiche Solidaritätsaktionen für AsylwerberInnen und MigrantInnen. Und die aktive Mitarbeit vieler LehrerInnen und SchülerInnen am Uniprotest.

Solidarität war stärker als Spaltung

Die Reaktion vieler PolitikerInnen und bürgerlicher Medien war typisch: Mit Spaltung wurde versucht, die Proteste zu schwächen. Vor allem das Bild der „deutschen Numerus-Clausus-Flüchtlinge“ wurde immer wieder bedient. Diese seien Schuld an der Überfüllung, aber auch gleich an den Protesten. „Gänzlich zur Farce wird die Sache, weil jeder Zweite, der sich zu Wort meldet, offensichtlich ein Bundesdeutscher ist...“, meinte Profilherausgeber Christian Rainer in seinem Kommentar „Tupperwarparty inAudimax“. Andere Medien waren da geschickter. Die Gratiszeitung „HEUTE“ lobte den StudentInnenprotest überschwänglich, hetzte aber gegen die EisenbahnerInnen oder die PensionistInnen. Toll war, dass diese Spaltungsversuche an den Proteste abprallten. Deutsche StudentInnen waren ein wichtiger Bestandteil der Protestbewegung, aber nicht nur sie. Auch viele MigrantInnen aus der Türkei, Kurdistan, dem Balkan und verschiedener arabischer und asiatischer Länder waren ein zentraler Teil des Protestes. Ein Phänomen, das es früher kaum in Bewegungen gab, StudentInnen aus dem Iran, verschiedenen arabischen Ländern, Deutschland und Österreich (unter ihnen einige SLP-Mitglieder) bauten eine eigene Arbeitsgruppe für die Iran-Solidarität auf. Regelmäßig gab es Infotische zur Situation im Iran und eine Demonstration zur iranischen Botschaft wurde veranstaltet. Verstärkt wurde die Solidarität mit den kämpfenden Menschen im Iran durch einen lückenlosen Boykott aller iranischen Staatsmedien. Immer wieder sah man (vor allem bei großen Demonstrationen) Bilder, wie VertreterInnen des iranischen Staatsfernsehens eine StudentIn nach der anderen um ein Interview bat, aber diese immer wieder mit „Hoch die internationale Solidarität“ -Rufen aus den Demos vertrieben wurden.

Die Besetzungsbewegung weitete sich schnell über Europa, aber auch weltweit, aus. Ab Mitte November brachten die Medien immer wieder digitale Erdkarten mit „Unibrennt“-Symbolen über viele Städte verteilt. In Deutschland, der Schweiz, Italien, USA und vielen anderen Ländern wurden Hörsäle auf Unis besetzt. Es gab Liveschaltungen via Skype und Solidaritätsbesuche. Bei Räumungen kam es zu spontanen Solidaritätsdemonstrationen uvm. Für den Protest gegen die Feierlichkeiten zu „10-Jahre Bologna“ wird international mobilisiert und im Sommer folgen weitere Aktionen. Die Bewegung war international und internationalistisch.

Uniprotest stellt eine neue Qualität dar

Der Uniprotest stellte eine neue Qualität gegenüber den Protesten 2000, 2001 und 2003 dar: Es wurden tausende junge Menschen frisch politisiert. Es gab die Erfahrung der praktischen Solidarität. Linke Forderungen wurden entwickelt. In den Veranstaltungen und über die Direktübertragungen im Internet debattierten hunderte, nicht nur über linke Konzepte von Attac und anderen, sondern auch über die Frage: „Wie“ die verschiedenen Forderungen umzusetzen wären. Viele Strukturen (hunderte Arbeitsgruppen zu unterschiedlichsten Themen) bildeten sich. Dadurch, sowie durch die Vielzahl an Beteiligten und den Schulterschluss mit anderen Gruppen, wurde ein kleiner aber wichtiger Schritt im Neuformierungsprozess der Linken getan.

Warum hat es die Bewegung bis jetzt nicht geschafft, ihre Forderungen umzusetzen?

Zum einen gelang es nicht, die zögerliche Haltung des ÖGB bzw. kleinerer Gewerkschaften

Verstand ist machbar!



(wie zum Beispiel der GÖD) zu überwinden. Solidarität und wirtschaftlicher Druck, durch Betriebsversammlungen und Streiks, wären wichtig gewesen. Denn Hörsaalbesetzungen und Unibewegungen alleine üben nur einen sehr geringen ökonomischen und politischen Druck auf die politisch Verantwortlichen aus.

Zum anderen gelang es auch nicht, die Bewegung von einer Besetzung in einen Streik oder zumindest teilweisen Streik umzuwandeln, und so Druck ausüben. Dadurch gelang es der Regierung, die Proteste auszusitzen.

Reichen gute Internetarbeit und Aktivismus?

Die Einstellung und Stimmung unter den allermeisten StudentInnen war eindeutig links, oft aber nicht sehr gefestigt. Viele taten sich schwer, sich als links zu deklarieren. „Vertreiben wir da nicht viele Leute? Was sagen die Medien?“ waren die typischen Fragen die - wie in vielen anderen Bewegungen davor - diskutiert wurden.

Während die SLP-AktivistInnen und andere immer wieder versuchten zu erklären, warum sich die Bewegung auch demokratisch legitimierte Organisations- und Vertretungsstrukturen schaffen müsse, herrschte bei vielen StudentInnen der Glaube, man sei eine „völlig neue Bewegung“ und müsse auf „herkömmliche Politstrukturen verzichten“. Das spiegelt wieder, dass die Erfahrung mit Kämpfen und v.a. mit kämpferischen Strukturen sehr gering ist. Und dass das Bewußtsein vieler darüber, wie Veränderungen erreicht werden können und welche Kampf- und Organisationsformen nötig sind, im Vergleich zu den kämpferischen 1970er und 80er Jahren zurückgeworfen ist.

Das wurde durch sogenannten linksliberale Medien und – eiligst auf die Uni geholten – liberale Promikommentatoren noch verstärkt. Der bürgerliche Druck, dem viele StudentInnen ausgesetzt sind, bekam so in der Bewegung ein höheres Gewicht. Der eher moderatere, liberale Teil bekam mehr Einfluss gegenüber dem eher links stehenden Teil der Bewegung, der mehr

auf Aktionen und Ausweitung der Bewegung setzte.

Das Lob von Standard, Falter und Co, manchem bildungsbürgerlichen Familienumfeld und Freundeskreis, sowie den wohlmeinenden Teilen der Unispitze stärkte diesen „konstruktiven“ Flügel der Bewegung. Das „Anstoßen einer breiten Bildungsdebatte“ wurde oft als wichtiger gesehen, als das „Anstoßen einer großen linken Protestbewegung“. Die Illusion, dass es bei dieser Bewegung vor allem auf gute „Argumente“ in „konstruktiven Gesprächen“ mit Rektorat und Ministerium, statt auf politischen Druck ankommt, wurden dadurch massiv gestärkt. Wer aber glaubt weniger politischen Druck zu brauchen sieht auch weniger Sinn in Organisationen und Strukturen die diesen Druck verstärken können. Dazu kam noch die Stimmungsmache gegen Parteien und Organisationen, die angesichts der Abgehobenheit und fehlenden Demokratie der etablierten Parteien auf fruchtbaren Boden fiel. Von manchen wurde indirekt unterstellt, Gruppen wie die SLP würden nur Strukturen für die Bewegung vorschlagen, um diese dann instrumentalisieren zu können. U.a. aufgrund der Rolle der ÖH bzw. etablierter Fraktionen aus der Vergangenheit, war diese Angst vor Machtmissbrauch sehr verständlich. Diese Angst hätte aber durch Instrumente wie Plenumsdebatten und -beschlüsse, Abwählbarkeit und Rechenschaft verhindert werden können.

Ohne demokratische Strukturen ist eine Bewegung zum Scheitern verurteilt.

Auch ein gemeinsamer bundesweiter Forderungskatalog hätte der Bewegung Stärke gegeben. Eine bundesweite Studierenden- und Lehrendenkonferenz, die unter Beteiligung Tausender AktivistInnen Forderungen, Strategien und Aktionen debattiert und beschließt, hätte die Bewegung enorm weiter gebracht und den Druck auf die Regierung erhöht.

Hätte diese Konferenz auch ein (jederzeit abwählbares) Vernetzungsteam gewählt, das mit

Vernetzungsteams auf den einzelnen Unis eng zusammengearbeitet hätte, wäre die Bewegung schlagkräftiger UND demokratischer geworden.

Die fehlende Koordination erschwerte es der Bewegung, gemeinsame politische Prioritäten zu setzen. So wurden unter dem Schlagwort der „Vielfalt“ und der „Buntheit“ viele unterschiedliche Aktionen gestartet. Am Beginn spontaner Bewegungen sind noch genug Menschen bereit bei solchen Aktionen mitzumachen. Später raubt dieses Vorgehen viele Kräfte. Viele wichtige Entscheidungen wurden nicht oder sehr spät getroffen. Oft aus Angst die jeweiligen GegnerInnen einer Entscheidung zu verlieren. Andere Entscheidungen wurden einfach von Einzelpersonen gefällt, ohne demokratisch legitimiert zu sein. Aber eine Bewegung, die nicht in der Lage ist, nächste Schritte zu beschließen und eine Perspektive auf Ausweitung und Stärkung zu entwickeln, klammert sich krampfhaft an das Bestehende. Das waren im Fall dieser Bewegung die besetzten Hörsäle und die Plena, zu denen und deren Struktur, es unzählige mühsame Debatten gab.

Weite Teile der Bewegung lebten stark in der Illusion, dass der Schwung ewig halten würde und verschoben so wichtige Entscheidungen immer weiter in die Zukunft. Das Fehlen von gewählten Vertretungen (etwa eines SprecherInnenrates), arbeitsteiliger Strukturen und einer zentralen Koordination führte auch dazu, dass der Schwung und die Kraft der Bewegung nicht genutzt werden konnten. Die Kombination aus fehlenden Strukturen und einem Klammern an Bestehendes, brachte eine starke Orientierung nach innen - vor allem auf die besetzten Hörsäle. Für die zweite Großdemonstration am 5.11. gab es noch viele Mobilisierungsaktionen auf Straßen, in Vorlesungen, usw. Da die Plena viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt waren und immer öfter ergebnislos blieben, bröckelten jene StudentInnen die sich an Mobilisierungen beteiligen wollten – aber keine Zeit für endlose Debatten hatten - ab.

Mangelnde Vernetzungs- und Koordinationsstrukturen bedeuteten auch schlecht vor-

bereitete Plena mit falschen politischen Prioritäten auf der Tagesordnung, was das Abkeln vieler AktivistInnen beschleunigte. brök

Vielen aktiven StudentInnen fehlten auch positive Erfahrungen von Kämpfen, Bewegungen und Aktionen, in denen MarxistInnen eine Rolle spielten. Dazu die Propaganda aus dem bürgerlichen und linksliberalen Mainstream wo nach Marxismus altmodisch, überholt und marxistische Organisationsformen gefährlich für eine Bewegung sind. Diese mangelnde Verankerung marxistischer Ideen erschwerte die Ausweitung der Proteste.

Eine wichtige Konsequenz aus den bisherigen Uniprotesten muss daher der Aufbau einer starken marxistischen Linken und einer starken SLP in sozialen Bewegungen und an den Unis sein.

Was wird bleiben und welche Perspektive gibt es für 2010?

Im Laufe der Bewegung wurden tausende Menschen politisiert und haben Erfahrungen gesammelt. Von den beschlossenen Zielen wurde aber nur ein kleiner Teil erreicht. 34 Millionen machte Ex-Bildungsminister Hahn zusätzlich locker. Kämpfen lohnt sich also - aber das ist immer noch viel zu wenig. Ein harter Kern der Bewegung ist nach wie vor aktiv. Ob noch einmal ein lautstarker Protest gelingt hängt von vielen Faktoren ab. Besetzungen üben nur einen sehr geringen politischen und wirtschaftlichen Druck auf die Herrschenden aus. Gemeinsamer Druck mit KollegInnen aus Dienststellen und Betrieben ist entscheidend. Die verbale Unterstützung des ÖGB muss so gut es geht in die Praxis umgesetzt werden. Die ÖGB-Spitze muss in die Pflicht genommen werden.

► Gemeinsam statt einsam. Notwendige Entscheidungen müssen in Zukunft solidarisch und gemeinsam getroffen werden. Kleine Einzelaktionen waren zu Beginn der Bewegung sinnvoll und möglich. Der verbleibende Kern der Bewegung sollte sich auf ein paar Punkte konzentrieren und in der Öffentlichkeit möglichst präsent sein. Sinnvoll wäre z.B. ein wöchentlicher Fixpunkt für Kundgebungen und Demonstrationen

► Regelmäßige Plena (Versammlungen), die gut vorbereitet sind und die zentralen Eckpunkte debattieren und entscheiden. Dazu sollte es regelmäßig ein „Plenum sozialer Bewegungen“ geben.

► Mehr praktische Solidarität. Die praktische solidarische Zusammenarbeit mit anderen Gruppen ist besonders wichtig. Ob der Kampf um Gehaltserhöhung im Sozialbereich, oder das Recht auf Asyl.

► Der Regierungsgipfel zu 10 Jahre Bologna in Wien und Budapest bietet einer großen Chance ein weiterer Höhepunkt der Protestbewegung zu werden. Streiks an verschiedenen Instituten eine Blockade der Feiern könnten dem Protest neuen Auftrieb geben. Dazu ist eine Vorbereitung notwendig die möglichst viele Betroffene in den Protest einbezieht.

► Nach wie vor gibt es soziale Bewegungen und Kämpfe in anderen Bereichen. Gemeinsame Demonstrationen und andere Aktionen würden zu gegenseitiger Stärkung führen. Ein regelmäßiges „Plenum sozialer Bewegungen“ könnte das politische und organisatorische Herz einer neuen Bewegung werden.

► Viele Menschen sind nach wie vor österreichweit in Arbeitsgruppen aktiv. Es gibt eine gemeinsame Homepage und Vieles mehr. Schritt für Schritt sollten die Reste der Bewegung gestärkt werden und eine echte, kämpferische Interessenvertretung für Studierende und Lehrende entstehen.

Veranstaltung

Was bedeuten 10 Jahre Bologna für StudentInnen?

Aktionsplanung: Was tun zum Bologna-Gipfel am 11. & 12. März?

Donnerstag, 25. Februar, 19 Uhr
Cafe Schwarzes Schaf, Wien 8, Lederergasse 26



**Die SLP lädt alle AktivistInnen ein:
Linke Projekte zur
Wiener Wahl 2010**

Auf der einen Seite: Das Duell das keines ist. Strache, der Hetzer, und Häupl, der seit Monaten eine "Law and order"-Politik umsetzt und so der Hetze in die Hände spielt. Auf der anderen Seite: Umfragen, welche einer neuen Kraft riesige Potentiale bescheinigen, aber kaum konkrete Ansätze, die versuchen dieses Vakuum zu füllen. Die SLP möchte sich dieser Herausforderung stellen: Wir werden bei den kommenden Wahlen in Wien Brigittenau antreten und damit u.a. unsere Kampagne gegen die rassistische "Bürgerinitiative Dammstrasse"/FPÖ auch auf diese Ebene tragen. Ende März laden wir daher alle interessierten linken AktivistInnen in Wien - egal ob organisiert oder nicht - zu einer Konferenz ein, um dieses und ähnliche Projekte zur Wiener Wahl zu präsentieren und diskutieren. Konkret wollen wir auch ausloten, wo es sinnvoll ist, zusammen zu arbeiten/Unterstützung zu gewinnen, um möglichst akkordiert dem "Scheinduell" der Etablierten Paroli bieten zu können.

Veranstaltung

**Wiener Gemeinderatswahl:
Konferenz: Was macht die Linke?**

Sonntag, 21. März 2010
im Amerlinghaus
Wien 7, Stiftgasse 8
(erreichbar mit U2, U3, 48A, 49)

Kummerkastentante Hilda hat ein offenes Ohr für alle eure Sorgen. Heutiges Thema:

Die Leiden des jungen Wählers

Liebe Hilda,

Seit ich 16 bin, hat sich in meinem Leben etwas total verändert und ich bin ratlos. Seit ich wählen darf, hab ich keine Ahnung, was ich machen soll. Ich will wirklich weniger Armut und Arbeitslosigkeit, aber ich will nicht, dass dafür "Ausländer raus" müssen. Aber alle PolitikerInnen, die ich kenne, sind weder arm noch arbeitslos - wie sollen sie dann meine Probleme lösen? Die wissen gar nicht, wie es mir und meiner Familie geht. Außerdem könnte ich auch nie etwas mitreden! Die entscheiden sowieso, wie's ihnen passt! Was bringt da wählen gehen noch?

Mit Lieben Grüßen,
Deine verwirrte Antonia

Liebe Antonia,

Zu allererst herzlichen Glückwunsch, dass du dir Gedanken machst übers Wählengehen! Dein Verhalten, eine Partei danach auszuwählen, ob sie wirklich deine Meinung vertritt und sie durchsetzen kann, ist vorbildlich. Das zeigt, dass Jugendliche nicht so unpolitisch sind, wie oft behauptet wird.

Nun zu deinen Bedenken: Du musst dir keinesfalls Sorgen machen! Es ist normal, dass man in Zeiten wie diesen seine Zweifel hat, wen man wählen soll,

ob wählen überhaupt noch Sinn macht. Ich kann dir zustimmen, es ist für Leute, die sozial denken, die gleiche Chancen für alle wollen, schwer, eine Partei zu finden, die er oder sie wählen kann. Noch besser ist es natürlich, auch selbst aktiv zu werden!

Trotzdem kann ich dir einen Rat geben: Auch wenn es gerade nicht so scheint, die Idee von Parteidienst nicht an sich schlecht! Dass Menschen, die gemeinsame Interessen und gemeinsame Ziele haben, sich zusammenschließen ist sinnvoll und praktisch. Es gibt nun mal unterschiedliche Interessen - manche wollen Frauen diskriminieren, andere Gleichberechtigung. Manche wollen MigrantInnen abschieben, andere sind für gleiche Rechte. Manche stehen auf der Seite der ArbeitnehmerInnen, andere auf jener der UnternehmerInnen. Das kann man wohl nicht unter einen Hut bringen - das ist auch gut so. Arm und Reich haben unterschiedliche Interessen - und mensch braucht daher auch unterschiedliche Organisationen. Eine ArbeiterInnenpartei wäre dringend nötig, finde ich.

Die etablierten Parteien sind ja tatsächlich abschreckend. Wie du geschrieben hast, kriegen sie viel Geld vom Staat und die PolitikerInnen verdienen sehr viel, meistens besser als die Leute, die sie vertreten. Und die Parteien sind total undemokratisch. Mitspracherecht haben meistens nur ein paar,

Karriere machen in den Parteien. Diejenigen sind auch nicht arm, geschweige denn ferngehalten von akademischer Bildung. Es sind immer die gleichen Leute in diesen Parteien, die aus ähnlichen Schichten kommen, in der selben wohlhabenden Situation sind. Und sie machen ja auch Politik nur für diese kleine privilegierte Schicht.

Du hast Recht, wenn Du mit diesen Parteien nichts zu tun haben willst. Also, meine liebe Antonia, ich kann dir nur empfehlen, dass du dich genauer umhören musst nach wirklich anderen Organisationen und Parteien. Du bist für gleiche Chancen für alle, wirklich alle, nicht nur wohlhabende ÖsterreicherInnen - eine sozialistische Partei wäre für dich da wohl das richtige. Der sozialistische EU-Abgeordnete Joe Higgins aus Irland lebt vom gleichen Betrag wie ein irischer Arbeiter, den Rest seines Gehalts gibt er an seine Partei ab. Es gibt solche demokratischen und sozialistischen Parteien ohne Privilegien - die haben aber mit den etablierten Parteien nichts zu tun! Die Art von Partei, die du dir wünschst, könnte denen, die gerade an der Macht sind, sehr gefährlich werden, weil sie eine echte Alternative zum etablierten Einheitsbrei ist und auch aktiv Proteste unterstützt.

Viel Glück auf deiner Suche wünscht, Hilda



Hildas kleiner Wink mit dem Zaunpfahl

Auszüge aus den Statuten der SLP:

Sollte ein Mitglied der SLP eine bezahlte politische Funktion übernehmen, so hat sich sein/ihr persönliches Einkommen höchstens an einem durchschnittlichen Facharbeiterlohn orientieren.

Die SLP anerkennt ausdrücklich das Recht auf unterschiedliche Meinungen innerhalb der Organisation. UnterstützerInnen einer Meinung haben die Möglichkeit und das Recht, sich in Tendenzen oder Fraktionen zusammenzuschließen.

Die Mitgliedschaft bei der SLP ist unvereinbar mit sexistischem und rassistischem Verhalten, Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und mit Verhalten, das andere Mitglieder schädigt.

DIE SLP-TREFFPUNKTE

LINZ

jeweils Montag, 18.30 Uhr,
"Alte Welt", Linz, Hauptplatz 4

NIEDERÖSTERREICH

nicht regelmäßig, Infos: slp@slp.at

SALZBURG

Salzburg Stadt
jeweils Donnerstag, 19.00 Uhr,
"Shakespeare", Salzburg,
Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

Radstadt

SLP-Treffen erfragen unter 0664 1133477

WIEN

SLP-SchülerInnen
Jeden Montag um 18.00
"Amerlinghaus" - Raum 3
7., Stiftg. 8 (Nähe U2/U3-Volkstheater)

Jeden Mittwoch um 18.30

"Pizzeria La Piazza"
20.; Gaußplatz 7

Jeden Mittwoch um 19.00

"Zypressse"
7.; Westbahnstrasse 35a

Jeden Donnerstag um 19.00

Cafe "Das Schwarze Schaf"
8., Lederergasse 26

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe?
Wir unterstützen Sie gerne als individuelles
Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.

Jetzt Abo bestellen!



Tel.: 01/524 63 10
oder EUR 18,00*
an PSK 8812.733
überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort
"Abo" nicht vergessen!

*Sozialpreis für Menschen ohne
eigenes Einkommen EUR 10,00

Alle Preise für 10 Ausgaben
inkl. Porto und Versand

ALLES INKLUSIVE

Unsere Arbeit kostet Geld.

Die SLP erhält keine Subventionen oder Geld von Unternehmen. Das garantiert unsere politische Unabhängigkeit. Es macht uns aber abhängig von Deiner/Ihrer Unterstützung. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein "All-Inclusive-Abo" eben.

PSK 8812.733
SLP & CWI im Internet:

Seite der SLP, österreichische Sektion des CWI

www.slp.at

Seite der SAV, deutsche Sektion des CWI

www.sozialismus.info

Site of the CWI in English (and other Languages)

www.socialistworld.net

Special CWI-Site on China (English, Chinese)

www.chinaworker.org

Paginas del CIT/CWI en español

www.mundosocialista.net

TIPP: Auf www.socialistworld.net findest Du Links zu CWI-Seiten aus Indien, Brasilien, Polen, Belgien, Frankreich, Schottland, Russland, Australien, Griechenland, Nigeria, USA, Schweden, Irland, Italien, Israel, England & Wales, Nordirland, Holland



Neues aus dem CWI

Krieg endet, Leid bleibt

Sozialistischer Kandidat für Präsidentschaft

SRI LANKA - Nach 30 Jahren Krieg zwischen der chauvinistischen Regierung und den Befreiungstigern von Tamil Eelam (LTTE) sowie dem katastrophalen Tsunami, ist die weltweite Wirtschaftskrise auch über die Insel hereingebrochen. Die Herrschenden versuchen den vor einem Jahr gewonnenen brutalen Krieg und die damit einhergehende Hetze für einen Wahlerfolg zu nutzen. Doch weder die regierende Partei SFLP von Präsident Rajapaksa, noch die "Oppositions"-Partei UNP, die den General Fonseka als Kandidaten unterstützt, haben den verarmten Massen etwas zu bieten - nicht der singhalesischen Mehrheit und noch weniger der tamilischen und muslimischen Minderheit.

In dieser schwierigen Situation kandidiert Siritunga Jaysuriaya, der Vorsitzende der United Socialist Party (USP, CWI in Sri Lanka) bei den Präsidentschaftswahlen als Alternative zum kapitalistischen Wahnsinn. Die USP ist die einzige Partei in dem Land mit starken trotzkistischen Traditionen, die für den gemeinsamen Kampf von SinghalesInnen, TamilInnen und MuslimInnen eintritt. Obwohl Menschenrechte in Sri Lanka wenig Wert sind und auch schon Anschläge auf Siritunga verübt wurden, ist es der USP gelungen, eine starke Organisation aufzubauen. Bei den letzten Wahlen wurde der dritte Platz erreicht (wenn auch mit deutlichem Abstand zum Sieger Rajapaksa). Die USP wird auch nach der Wahl am 26. Jänner den Kampf gegen Chauvinismus und Unterdrückung und für eine sozialistische Gesellschaft fortsetzen.

Mehr Infos unter
www.lankasocialist.com

Nazi-Aufmarsch in Dresden verhindern

DEUTSCHLAND: Jedes Jahr versammeln sich anlässlich des Jahrestags der Bombardierung Dresdens tausende (Neo-)Nazis in Dresden. Die Sozialistische Alternative (SAV, CWI in Deutschland) ruft zur Teilnahme an der Blockade am 13. Februar auf. Während die Staatsmacht versucht(e), die AntifaschistInnen zu kriminalisieren stellt sich die SAV und andere erneut dem Kampf gegen Rassismus und Sozialabbau.

Näheres unter
www.sozialismus.info

www.socialistworld.net

Haiti: Leid ist vermeidbar

Tage und Wochen nach den Erdbeben vom 13. und 20. Jänner sind die Bilder die gleichen: Chaos, Elend, Verzweiflung. Aber welchen Schaden ein Erdbeben anrichtet hängt nicht von der Stärke des Bebens alleine ab – sondern davon, wie die Rahmenbedingungen im jeweiligen Land sind.

von Sonja Grusch, SLP-Wien

Haiti ist das ärmste Land der westlichen Hemisphäre, 2/3 der Bevölkerung leben vor dem Beben unter der absoluten Armutsgrenze. Durch Kolonialismus und Imperialismus wurde Haiti ausgeblutet, von Eigenversorgung auf Exportwirtschaft umgestellt. Heute müssen fast alle Lebensmittel teuer importiert werden, u.a. auch weil 1994 Haiti gezwungen wurde, Importzölle de facto zu streichen und so die Reste heimischer Nahrungsmittelproduktion der Kaffee- und Mangoproduktion weichen mussten.

Echte und verlogene Hilfe

Die Hilfsbereitschaft der „normalen“ Menschen ist enorm. Und damit auch

ein Beispiel dafür, wie sozial Menschen sein können, obwohl wir seit über 200 Jahren einer Propaganda ausgesetzt sind, die im wesentlichen auf Egoismus und Ellenbogen-Denken setzt. Im krassen Gegensatz dazu die Politik der Herrschenden: Ca. 600 Millionen Dollar gibt die USA täglich für die Besetzung von Irak und Afghanistan aus. Die UNO will 500 Millionen Dollar für Haiti aufbringen – ein Bruchteil der 100 Milliarden Dollar die in den letzten Monaten weltweit für die Banken „rettung“ investiert wurde. In Haiti hingegen kommen nicht einmal die Hilfslieferungen zu den Betroffenen, die es real gibt. Denn US-SoldatInnen haben Vorrang. Die USA nutzt die Katastrophe um 12.500 SoldatInnen an diesem strategisch interessanten Punkt zu stationieren – nur 200 km Luftlinie von Kuba entfernt. Schon gibt es Streit zwischen Frankreich und den USA darüber, wer wieviel politischen Einfluss hat.

Welche Ordnung braucht es?

Als Hauptgrund für die mangelhafte Verteilung der Hilfsgüter wird angeführt, dass es kaum staatliche Strukturen gäbe. Für UNO & Co. stellt der Aufbau solcher Strukturen nun eine wichtige Aufgabe in den nächsten Jahren dar. Was das bedeutet, hat sich im Irak, in Afghanistan, am Balkan... gezeigt. Marionetten der Geberländer werden von oben eingesetzt, die Bevölkerung wird kaum gefragt. Die Ergebnisse haben mit Demokratie nichts zu tun. Aber auch die demokratischen Missstände in Haiti sind das Ergebnis imperialistischer Politik. Die SklavIn-



nen erkämpften sich 1804 die Unabhängigkeit von Frankreich musste dafür aber enorme Summen an „Entschädigung“ zahlen – somit fehlte Geld im Land zum Aufbau einer Industrie. Die USA hielt Haiti teilweise besetzt, teilweise wurden Diktatoren unterstützt, die die Bevölkerung weiter ausbluteten. An demokratischen Strukturen hatten sie kein Interesse, im Gegenteil unterdrückten die von ihnen unterstützten Diktatoren

Gewerkschaften und ArbeiterInnenparteien

Wenn die „Hilfe“ von oben, von imperialistischen Strukturen und ihren Interessen bestimmt wird, wenn die Menschen zu passiven, wartenden und leidenden Objekten degradiert werden, dann sind weitere Jahre und Jahrzehnte von Elend, Terror und Leid vorgezeichnet. Es gibt Berichte über die

Selbstorganisierung der Erdbebenopfer – zur Bergung von Verschütteten, von ÄrztInnen, durch die Bevölkerungen in Kommunen etc. Nun ist es notwendig, demokratische Strukturen von unten, von den Opfern selbst aufzubauen. Sie können sich in Komitees zusammenschließen um die Verteilung von Hilfsgütern zu organisieren. Sie sind die, die Lebensmitteln aus verschütteten Geschäften holen und verteilen können und Plünderung und Gewalt durch kriminelle Banden verhindern können. Sie stellen sicher, dass die Spenden nicht bei korrupten PolitikerInnen landen sondern bei den Bedürftigen und tatsächlich für den Wiederaufbau genutzt werden. Nur wenn die Menschen selbst, vor Ort, entscheiden, sich organisieren und sich den Aufbau selbst organisieren, dann ist ein neues, anderes Haiti möglich, dass wie ein Phönix aus den Trümmern aufsteigen kann.

Neue Revolution im Iran?

Bewegung ruft „Nieder mit der islamischen Republik“ – aber sozialistische Alternative ist nötig!

von Maria Hörtner und Behtash Gohardani, SLP-Wien

Eigenartig still war es nach den großen Protesten im Juni 2009 rund um die „islamische Republik“. Ende Dezember aber sind plötzlich wieder Massen auf die Straße gegangen. Diesmal waren die Proteste an Radikalität und Wucht nicht zu übertreffen, die Menschen haben keine Angst mehr vor dem Regime. Anlass für die neuerten Proteste war das Aschura-Fest – eine Trauerfeierlichkeit anlässlich des Martyrertodes von Imam Husain. Schon seit Jahren wird dieses Datum genutzt, um gegen das Regime zu protestieren. Doch dieses Jahr hat sich die Bevölkerung nicht einmal von den Versuchen des Regimes, Angst zu schüren, einschüchtern lassen und mit neuer, unerwarteter Radikalität auf Polizei und „Beschützer“ des Regimes reagiert. In Videos auf Youtube lässt sich beobachten, wie Menschenmassen ohne Angst Polizei und Basiji-Milizen begrenzen und sich gegen Gewaltvorstöße des Staatsapparates wehren. Gruppen gehen mit Steinen „bewaffnet“ gegen Polizeieinheiten vor, stürmen Polizeistationen und wehren sich erstmals gegen Repression und Gewalt.

Staatsapparat verliert die Kontrolle

Doch nicht nur die zunehmende Radikalität war besonders an diesem Tag. Auch die Polizei hat in ungewohnter Manier auf die Proteste reagiert. Schon im Vorfeld ist es von Teilen des Apparates zu Befehlsverweigerungen ge-



kommen. Das spiegelt die Spaltung der herrschenden Elite, die revolutionäre Stimmung in der Bevölkerung wieder. Die „Solidarisierung“ einzelner Polizisten mit den Protesten ist ein wichtiger Schritt in Richtung Erfolg. Durch den Mangel an Einsatzkräften musste das Regime in Folge neue, junge und unerfahrene Polizisten auf die Straße schicken, um gegen die Proteste vorzugehen. Die Kombination aus Befehlsverweigerungen in den eigenen Reihen und der Radikalität der Massen macht deutlich, dass dem Regime die Kontrolle über das Land aus den Fingern gleitet. An diesem Punkt angelangt, ist es nur mehr eine Frage der Zeit, bis die Machtverhältnisse im Land kippen. Seit den Anfängen der Proteste im Juni 2009 hat die Bewegung an Radikalität zugewonnen. Statt der Frage „Wo

kommt meine Stimme?“, skandieren die Protestierenden zunehmend Parolen wie „Nieder mit der islamischen Republik“ oder „Wir werden kämpfen, wir werden sterben, wir werden unser Land zurückerobern“. Es geht nicht mehr darum, gegen den offensichtlichen Wahlbetrug zu demonstrieren, sondern darum, 30 Jahren Unterdrückung und Repression ein Ende zu bereiten und der islamischen Republik endgültig den Todesstoß zu versetzen. Die in den Medien oft propagierten Oppositionsführer Moussawi, Rafsandjani, Khatami und Karrubi werden längst nicht mehr als solche gesehen, die Bewegung ist ihnen mehrere Schritte voraus. Während die „Reformer“ im Rahmen der islamischen Republik Änderungen erkämpfen wollen, will der Großteil der Bewegung das gesamte System nicht mehr. So hat Moussawi beispielsweise nach dem blutigen Vorgehen der Polizei an Aschura das Regime kritisiert und einige Forderungen (wie beispielsweise volle demokratische Rechte, Freilassung von politischen Gefangenen, freie Medien) aufgestellt, um im Anschluss daran jedoch anzumerken, es sei trotzdem besser, mit dem Regime zu verhandeln – kleine Schritte seien besser als gar keine Schritte.

Wie lange wird das Regime nun noch halten?

Die Antwort auf diese Frage ist nicht einfach zu beantworten. Das Regime kann sich vielleicht noch einige Zeit über Wasser halten, vielleicht aber nicht einmal mehr ein Monat. Die großen Führer sind zerstritten, die Spaltung im Regime sitzt tief. Die Bewegung hat die Entschlossenheit, die nötige Kraft und den Mut, das Regime zu stürzen. Um erfolgreich zu sein, braucht es aber starke Kräfte – eine wirkliche sozialistische Opposition, welche nicht bei den oben genannten demokratischen Forderungen stehen bleibt, sondern diese auch mit sozialen Fragen, der Frage des Eigentums an v.a. den iranischen Ölsvorkommen und der Notwendigkeit, den Kapitalismus zu überwinden, verbindet. Eine solche Kraft kann die Bewegung auf eine neue, höhere Stufe stellen, stellt eine echte Alternative zu den herrschenden Führern dar und kann die Bewegung damit zum Erfolg führen.

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.200 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.



Wettstreit der Hetzer

Von Frankenburg nach Eberau – durch Österreich zieht sich eine Spur des Rassismus

von Harald Mahrer, SLP-Wien

Die Wogen gingen hoch, als Innenministerin Maria Fekter kurz vor Weihnachten verlautbarte, in der kleinen burgenländischen Ortschaft Eberau ein Erstaufnahmezentrum für 300 AsylwerberInnen zu errichten. Wir meinen: Schluss mit der Hetze und Schluss mit Internierung von Flüchtenden in Massenlagern! Erst die Konzentration von Menschen in Kleinstädten wie Traiskirchen oder Eberau schafft die Probleme, die es sonst gar nicht gäbe. Insbesondere die Bestimmung für AsylwerberInnen, den Bezirk des Lagers nicht verlassen zu dürfen, ist nicht nur menschenunwürdig, sondern provoziert bewusst eine Situation in der sich Insassen und Anrainer als Gegner gegenüberstehen.

ÖVP & FPÖ: Rechts und immer rechter

Maria Fekter räumte nach dem Scheitern des Eberau-Projekts ein, dass das Problem sei, dass AsylwerberInnen pauschal als VerbecherInnen wahrgenommen werden und es daher Ängste in der Bevölkerung gäbe. Welch Wunder, dass Jahrzehnte andauernde Hetze gegen MigrantInnen und AsylwerberInnen Rassismus schürt. Fekter selbst erklärte: „Ein Großteil der kriminellen Energie wird von Fremden ausgeübt. ... Ich will nicht mit meinen Abgaben Familienbeihilfe für Jugendliche zahlen, die nichts tun, außer einbre-

chen zu gehen.“

Um den Ängsten der Bevölkerung Rechnung zu tragen, will sie nun AsylwerberInnen eine Anwesenheitspflicht in den Erstaufnahmezentren auferlegen. Kritik an dieser „Schubhaft light“ quittiert sie mit einem historisch befreundlichen Vergleich: „Wenn sie auf Kur fahren, haben Sie auch Anwesenheitspflicht. Niemand käme auf die Idee, das als Haft zu bezeichnen.“ Auch wenn ihr das wahrscheinlich nicht bewusst ist, als das letzte Mal Internierungslager mit Kuranstalten verglichen wurden, hieß Österreich noch Ostmark.

Dass sie damit die Hetzer niemals zufrieden stellen wird, zeigt eine Presseaussendung Harald Vilimskys (FPÖ), der Fekter als „Schutzpatronin des Asylbetrugs“ bezeichnet.

Die SPÖ entdeckt die direkte Demokratie

Der burgenländische Landeshauptmann Niessl (SPÖ) sieht in der Causa seine Chance auf einen Wahlerfolg bei der Landtagswahl im Mai. Er lässt die Bevölkerung befragen, ob sie dem Bau eines Asylzentrums zustimmt. Mal abgesehen davon, dass Eberau de facto vom Tisch ist, sind Volksbefragungen, die nur zum Ziel haben, die von der politischen Elite aufgeheizte Stimmung zu bestätigen, mehr als fragwürdig. Was soll dabei heraus kommen, wenn nach Monaten, in denen so getan wird, als sei ein Asylzen-

trum eine Art Sondermülldeponie, gefragt wird, ob die Bevölkerung das will? Bezeichnend für das Demokratieverständnis der Herrschenden ist, dass sie nie auf die Idee kämen, die Bevölkerung etwa über die Errichtung einer Mülldeponie, einer Autobahn oder anderer Projekte abstimmen zu lassen.

Rassismus schadet – auch den „InländerInnen“

Das Problem mit rassistischer Hetze ist nicht nur ein moralisches – wie hier mit Menschen umgegangen wird, wie das Beispiel Arigona Zogaj zeigt. Sie bietet auch keine Lösung für die bestehenden Probleme der Menschen – egal ob in- oder ausländischer Herkunft. Selbst wenn die Vorhaben der rechten HetzerInnen umgesetzt würden, ginge die Einbruchskriminalität nicht zurück. Das gesellschaftliche Klima ist aber nachhaltig vergiftet. Das ist auch das Ziel.

Die Bevölkerung soll sich lieber über AsylwerberInnen aufregen, als über Korruptionsskandale, Bankencrashes, Sozialkürzungen und Arbeitslosigkeit. Die Rechtlosigkeit ausländischer ArbeitnehmerInnen zwingt diese, schlechtere Bedingungen zu akzeptieren, was wiederum den Druck auf die Bedingungen aller ArbeitnehmerInnen erhöht.

Die bewusst gesäte Zwietracht erschwert Gegenwehr erheblich. In Rosarno in Südalitalien wehrten sich afrikanische ErntearbeiterInnen gegen Arbeitsbedingungen, die

mehr an Sklaverei als an eine moderne Gesellschaft erinnern. Nachdem auf zwei von ihnen geschossen wurde, lieferten sie sich Straßenschlachten mit einer Polizei, die nichts gegen die Attentäter unternahm und die Mafiososse, die an der Ausbeutung verdienten, deckte. Das ganze unter dem Beifall der Bevölkerung, die ihre traditionelle Arbeit auf den Feldern verloren hat, weil die AfrikanerInnen besser ausbeutbar sind. Ergebnis: Abschiebungen, immer noch katastrophale Arbeitsbedingungen, weitere Arbeitslosigkeit unter den Einheimischen, weil die Abgeschobenen schnell durch neue Rechtlose ersetzt werden. Der große Profiteur: Die Mafiabosse. Für den großen Rest der Bevölkerung – egal ob einheimisch oder afrikanischer Abstammung – ist es nun schlimmer als vorher. Das bringt Rassismus.

Lösungen statt Hetze

Wir als SozialistInnen nehmen die Sorgen der Menschen um ihre Arbeitsplätze oder die Sicherheit ernst. Wir sagen: „Wir brauchen Lösungen, keine Hetze gegen Menschen, denen es noch schlechter geht, als uns selbst.“ Die Sozialistische Linkspartei steht daher für folgende Sofortmaßnahmen:

► Internationale Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegungen in Österreich und den Herkunftslanden der MigrantInnen, um die Lebenssituation dort zu verbessern.

► Bleiberecht und das Recht auf Asyl muss ausgebaut werden, um MigrantInnen und Asylsuchenden echte Zukunftschancen zu bieten. Dies wirkt sofort gegen die Machenschaften der Schlepperbanden.

► Menschenwürdige Unterbringung aller AsylwerberInnen in kleinen Wohnheimen in allen größeren Städten Österreichs, kostenlose Deutschkurse und volles Recht auf Arbeit. Damit wird Integration überhaupt erst möglich.

► Weg mit allen rassistischen Schlechterstellungen von MigrantInnen im Arbeitsrecht, um dem Druck auf die Arbeitsbedingungen entgegen zu treten.

Die SLP unterstützt die Selbstorganisation von Flüchtenden und MigrantInnen und kämpft mit den Betroffenen gemeinsam für ihre Interessen. Im ÖGB treten wir dafür ein, dass die Gewerkschaftsbewegung sich auch als Interessensvertretung dieser KollegInnen versteht, sie organisiert und für ihre Rechte gegenüber Regierung, UnternehmerInnen und öffentlichen Stellen eintritt.

Veranstaltungen

Schwerpunkt Asyl

Mittwoch, 27. Jänner und Mittwoch, 3. Februar jeweils 18.30
Pizzeria "La Piazza"
Wien 20, Gaussplatz 7

**► Mehr
Programm!**

Das Programm der Sozialistischen Linkspartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!